

Antrag

**der Abgeordneten Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch, Jan Korte,
Dr. Gregor Gysi, Janine Wissler und der Fraktion DIE LINKE.**

Diplomatie statt Panzer – Für eine Verhandlungsinitiative zur Beendigung des Krieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine sind seit dem 24. Februar 2022 nach norwegischen Schätzungen 310.000 Menschen getötet oder verletzt worden. Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind innerhalb und außerhalb des Landes auf der Flucht. Eine verantwortungsvolle Politik muss zum Ziel haben, den größten Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, der inzwischen schon über ein Jahr lang geführt wird, schnellstmöglich zu beenden und eine weitere Eskalation zu verhindern. Das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine ist davon nicht berührt.

Die Bundesregierung jedoch setzt mittlerweile fast ausschließlich auf militärische Mittel. Obwohl wiederholte Gefangenenaustausche und das mit Hilfe der Türkei und der UNO ausgehandelte Getreideabkommen vom Juli 2022 zeigen, dass konkrete Verhandlungslösungen gefunden werden können.

Eine dauerhafte Lösung, die neben der Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen sämtlicher Akteure auch langfristige Abrüstungsziele umfassen muss, kann aber nur durch Verhandlungen auf den Weg gebracht werden. Die ehemalige Bundeskanzlerin Merkel hat zu Recht die Erarbeitung einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands gefordert. Statt zu einer weiteren Verstärkung dieses Krieges beizutragen, muss sich die Bundesregierung endlich für ernsthafte Verhandlungen stark machen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für einen sofortigen Waffenstillstand und eine diplomatische Initiative für anschließende Friedensverhandlungen zusammen mit europäischen und nicht europäischen Staaten, z. B. Brasilien, einzusetzen, durch die ein Rückzug der russischen Truppen erreicht, die Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit der Ukraine garantiert und langfristig ein System gemeinsamer europäischer Sicherheit mit Russland ermöglicht werden soll;

2. die humanitäre Hilfe für die Ukraine zu verstärken und Menschen, die aus der Ukraine fliehen, ohne Unterscheidung der Herkunft und des Status aufzunehmen.

Berlin, den 28. Februar 2023

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion